Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 19. August 1926 — Nummer 181

Zum Wahlkampf in Sachsen

Vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte bis zur Großen Koalition

Von Paul Böttcher.

Sachsen ist unter allen deutschen Staaten der dichtbevölkerte. In den Städten und Dörfern zwischen dem Kamm des Erzgebirges und der Elbe drängt sich auf engem Raum die fast ausschließlich proletarische Bevölkerung Sachsens. Die Not der erzgebirgischen Heimarbeitermassen findet nur noch ein Gegenstück im Elend der schlesischen Hausweberfamilien. Im sächsischen Bergbau werden die niedrigsten Löhne gezahlt und die Scharfmacherpolitik der sächsischen Fabrikanten hält alle Tarife weit niedriger als im übrigen Deutschland. Aussperrungen, Streiks, Lohn- und Arbeitszeitkämpfe nehmen in den sächsischen Industriebezirken jeweils die härtesten Formen an. So ist es nur natürlich, daß die politischen und ökonomischen Kämpfe des sächsischen Proletariats deutlich die Machtverhältnisse und das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie widerspiegeln; diese Tatsache findet auch in der Landespolitik ihren Ausdruck.

Im November 1926 ist die vierjährige Legislaturperiode des Sächsischen Landtages abgelaufen. Der verflossene Landtag wurde am 5. November 1922 gewählt. Es ist der erste Sächsische Landtag seit der Revolution, der seine in der Verfassung vorgesehene Lebensdauer von vier Jahren erfüllt hat. Die sächsische Arbeiterschaft muß also zur Beurteilung der politischen Tätigkeit des verflossenen Landtages eine vierjährige Bilanz ziehen. Vier Jahre nachrevolutionärer Epoche, in der sich im Auf und Ab der historischen Geschehnisse die Restauration der ganzen Macht der Bourgeoisie vollzog; vier Jahre, in denen die ganze Skala des Klassenkampfes, von der Stimmzettelabgabe bis zum Barrikadenkampf, bald in rasender Eile, bald im Gleichschritt abrollte. Eine Fülle der Ereignisse und des politischen Erlebens. Unerhörte Opfer hat die Arbeiterklasse in allen diesen Kämpfen für den revolutionären Sozialismus gebracht. Jetzt gilt es, zu prüfen, welche Fehler hat die Arbeiterschaft begangen, wer sind die wahren und falschen Freunde des Proletariats und mit welchen Mitteln muß der Kampf weitergeführt werden! Wir wollen die Erfahrungen auswerten im Sinne der Lehren von Marx und Lenin! Das heißt: Tod der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihren reformistischen und zentristischen Helfershelfern im Lager des Proletariats.

Die politische Entwicklung nach der Revolution

Die Hauptlehre, die von der Arbeiterklasse aus dem Zusammenbruch der deutschen Revolution gezogen werden muß, ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer bolschewistischen Massenpartei in Deutschland. Wer heute den russischen Oktober 1917 mit dem deutschen November 1918 vergleicht, dem drängt sich diese Lehre ganz zwangsläufig auf. In Rußland eine revolutionäre Partei, die die Arbeiter und Bauern in der Revolution führt. In Deutschland eine kampfentschlossene Arbeiterklasse, jedoch ohne bolschewistische Massenpartei — dem verräterischen Betrug der reformistischen Führer ausgeliefert. In Sachsen trat diese geschichtliche Tatsache während der Revolution ebenso stark in Erscheinung wie im übrigen Deutschland.

In Sachsen übernahmen nach dem militärischen Zusammenbruch die sogenannten Volksbeauftragten am 15. November 1918 die Regierungsgewalt. Die Volksbeauftragten setzten sich zusammen aus Vertretern der SPD und USPD. Während die USPD im Erzgebirge-Vogtland so gut wie gar nicht Fuß fassen konnte, und in Ostsachsen nur schwach vertreten war, dominierte sie in Westsachsen. In den Arbeiter- und Soldatenräten herrschte die SPD. Der Landesvollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte war absolut reformistisch eingestellt. Unter dem Druck der vorwärtsdrängenden Massen geriet die USPD in Konflikt mit dem Vollzugsrat. Am 17. Januar 1919 sah sich die USPD gezwungen, ihre Vertreter aus der Regierung der Volksbeauftragten zurückzuziehen. Die Rechtssozialisten führten die Regierung im Kampfe gegen die Arbeiter und zum Schutze der kapitalistischen Gesellschaft. Die papierne Proklamation der „Sozialistischen Republik" durch die Volksbeauftragten wurde von den blutigen Bajonetten der Rechtssozialisten in den Dresdner Blutbädern im Januar 1919 grausam zerfetzt.

Am 2. Februar 1919 erfolgten die Wahlen zur Volkskammer in Sachsen. Im Wahlresultat kam der Wille des Proletariats zur Machtübernahme, allerdings verfälscht durch die reformistische Führerclique, wiederum zum Ausdruck. Von 96 Landtagsabgeordneten waren 42 Rechtssozialisten, 15 Unabhängige und 39 Bürgerliche.

Den 57 Vertretern der sozialdemokratischen Parteien standen 39 Vertreter der Besitzenden gegenüber. SPD und USP hatten eine Mehrheit von 18 Stimmen. Die KPD beteiligte sich damals an den Wahlen nicht. Trotz dieses Wahlresultats bildeten die Rechtssozialisten eine Koalitionsregierung mit den Demokraten. Das Geschwätz der reformistischen Führer über die allmähliche Durchführung des Sozialismus auf dem Boden der bürgerlich-parlamentarischen Republik kann nicht besser widerlegt werden, als durch die Politik dieser Führer in der Sächsischen Volkskammer.

Die zweiten sächsischen Parlamentswahlen nach der Revolution fanden am 14. November 1920 statt. Diesmal nahmen auch die Kommunisten an den Wahlen teil. Im Wahlergebnis kam die Enttäuschung der breiten Massen über den Verrat des Sozialismus durch die reformistischen Führer offen zum Ausdruck. Einerseits gingen Bundesgenossen der Arbeiterklasse im Kampfe für den Sozialismus aus den Reihen des Kleinbürgertums und Kleinbauerntums wieder verloren, anderseits vollzog sich innerhalb des Proletariats der Abmarsch der Massen aus dem Lager des Reformismus zum Kommunismus. Die Rechtssozialisten erhielten eine katastrophale Niederlage. Von 42 Mandaten gingen sie zurück auf 27. Die Unabhängigen verloren zwei Mandate und zogen mit 13 statt 15 Mandaten im Landtag ein. Den Kommunisten und linken Unabhängigen war es natürlich nicht möglich, mit einem Male alles das aufzufangen, was in Verzweiflung und Enttäuschung über das Renegatentum der reformistischen Führer aus der Klassenfront zurückflutete. Es wurden 9 Kommunisten in den Landtag gewählt. Insgesamt standen diesmal 42 Abgeordnete der SPD, USPD und KPD 47 Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gegenüber. Das Bürgertum hatte 8 Mandate gewonnen.

Die KPD erklärte damals, daß sie die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung nicht verhindern und ihre Stellung zu dieser Regierung von deren Politik abhängig machen werde. Die Regierungskoalition zwischen Rechtssozialisten und Demokraten zerbrach und das Kabinett Buck-Lipinski wurde am 7. Dezember 1920 gebildet.

Der Sommer 1922 brachte die große Welle breiter Massenbewegungen im Anschluß an den Rathenaumord. In Sachsen ging die Polizei und sozialdemokratische Regierung mit den brutalsten Mitteln gegen die demonstrierende Arbeiterschaft vor. Die Kommunisten forderten Auflösung des Landtages. Die bürgerlichen Parteien stimmten für die Auflösung, so daß die Kommunisten ihr Ziel erreichten.

Vier Jahre sächsische Landespolitik 1922—1926

Die Neuwahlen zum verflossenen Landtag fanden am 5. November 1922 statt. Die Kommunisten gewannen ein Mandat und rückten zum ersten Male mit Fraktionsstärke, mit 10 Abgeordneten, in den Landtag. Jetzt bestand eine Mehrheit von 50 sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten, gegenüber 48 Abgeordneten der bürgerlichen Parteien. Die Buck-Lipinski-Regierung setzte sich, je länger, je mehr, in Widerspruch mit den Forderungen der Arbeiterschaft.

Als Auftakt für die Landtagswahlen am 5. November 1922 tagte am 29. Oktober 1922, acht Tage vor den Landtagswahlen, in Dresden ein sächsischer Betriebsrätekongreß, der zur sächsischen Landespolitik Stellung nahm. Dieser Betriebsrätekongreß stellte fest, daß die Sozialdemokraten in der sächsischen Regierung es immer wieder ablehnten, sich auf außerparlamentarische Organe der Arbeiterschaft zu stützen. Sie sind über ganz schüchterne Ansätze zur Reinigung der Verwaltung nicht hinausgekommen, infolge ihrer Bindung an die Bourgeoisie im Reichsmaßstabe und ihres Burgfriedens mit den bürgerlichen Parteien in Sachsen. Der sächsische Betriebsrätekongreß stellte damals eine Reihe wichtiger Forderungen als Richtlinien für die Politik einer Arbeiterregierung nach den Wahlen auf. Der Betriebsrätekongreß forderte von der zu bildenden Regierung insbesondere Amnestie, Anerkennung der Kontrollausschüsse und der proletarischen Abwehrorganisationen zur Bekämpfung des Faschismus. Die sozialdemokratischen Führer ignorierten die Forderungen des Betriebsrätekongresses, sowohl beim Zusammentritt des neuen Landtages, wie auch in den nachfolgenden Wochen.

Rettet den englischen Bergarbeiterkampf!

Wenn auch spät, so ist doch ein weiterer Schritt für die Hilfeleistung der hartbedrängten und seit über drei Monaten ausgesperrten englischen Bergarbeiter geschehen. Der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes an alle angeschlossenen Organisationen und der besondere Aufruf des ADGB an die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands muß der Ansporn nicht nur für die organisierten, sondern für alle Arbeiter sein, schleunigst in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Rettung des englischen Bergarbeiterkampfes auf die Tagesordnung zu stellen. Denn an ihnen liegt es, in entscheidender Stunde alles zu geben, was möglich ist, um das weitere Durchhalten unserer Brüder und Klassengenossen jenseits des Kanals zu sichern, ehe es zu spät wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Drängt auf die sofortige Einberufung der Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen. Leistet die größtmöglichste finanzielle Hilfe und sorgt für die unverzügliche Ablieferung, sowie Weiterleitung aller gesammelten Gelder!

Jedoch ist die moralische und materielle Hilfe nur ein Teil unser Pflicht als Ausdruck der internationalen Klassensolidarität mit den englischen Bergarbeitern, die von der Arbeiterschaft Deutschlands zu erfüllen ist. Entscheidend für die Rettung des englischen Bergarbeiterkampfes ist nicht nur diese Hilfe, sondern noch mehr die Durchführung der Kohlensperre, wie sie nicht nur von den englischen Bergarbeitern und ihrer Organisation gefordert wird. Der bekannt gewordene Beschluß des englischen Landarbeiterverbandes durch ihren Sekretär Walker und die kürzlich erfolgte Mitteilung über eine Konferenz von Eisenbahnern, Transport- und Hafenarbeitern Londons schließen sich den Beschlüssen der Gewerkschaftsräte von London, Glasgow, Bristol und anderen Städten an und fordern von den englischen Gewerkschaften die Organisierung des Kohlenboykotts.

Dieser erneute Appell an die Transportarbeiter aller Länder richtet sich insbesondere auch an die gesamten Transportarbeiter Deutschlands. An ihnen liegt es, nicht nur diesem Hilferuf der englischen Arbeiter nachzukommen, sondern die gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Auf der ersten Konferenz der Bergarbeiter-Internationale, die 14 Tage vor der Durchführung der Aussperrung der englischen Bergarbeiter, am 16. April, tagte, wurde beschlossen:

„Alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Ein- und Ausfuhr von Kohlen zu verhindern."

Auch die zweite Anfang Mai in Ostende zusammengetretene Konferenz der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale beschloß, die

„Belieferung von Streikbruchkohle nach England zu unterbinden."

Ebenso wiederholte die Bitte, am 25. Juni in London stattgefundene Konferenz der Bergarbeiter-Internationale ihre beiden früheren Beschlüsse, damit Maßnahmen getroffen werden, um die Ausfuhr von Streikbruchkohle zu unterbinden.

In der vierten, am 24. Juli ebenfalls in London tagenden Konferenz dieser Körperschaft wurde erneut zu der Durchführung der Kohlensperre Stellung genommen und beschlossen, daß

das internationale Bergarbeiterkomitee die Einfuhr von Kohle nach England aus anderen Ländern als eine der wichtigsten Waffen zur Niederringung der Bergarbeiter betrachtet.

In dieser Erkenntnis wurde erneut beschlossen:

Unverzüglich in allen Ländern alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Produktion von Kohle zu dem angeführten Zweck zu verweigern.

So wie diese vier Konferenzen der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale nahm auch die letzte in Paris erfolgte fünfte Exekutive-Konferenz dieselbe Stellung ein, ohne daß bis heute diese gefaßten internationalen Beschlüsse in die Tat umgesetzt wurden. Deshalb ist der Aufruf des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes und des ADGB nur ein halber Schritt für eine solche Hilfe gegenüber den englischen Bergarbeitern, um ihren Kampf zum Siege zu führen. Die Arbeiterschaft Deutschlands kann und darf sich nicht damit zufrieden geben, den englischen Bergarbeitern durch die finanzielle Hilfe ein weiteres monatelanges Aushalten zu ermöglichen. Denn diese Hilfe allein verbürgt nicht den Sieg der englischen Bergarbeiter über die englischen Grubenkapitalisten. Sie würde nur das monatelange Darben der Bergarbeiter Englands mit ihren Frauen und Kindern verlängern, ohne die englischen Zechenbarone auf die Knie zu zwingen. Deshalb muß aus dieser halben Hilfe eine ganze Hilfe erstehen, und mit der Sammelaktion verbunden werden die Forderung an die Gewerkschaftsleitungen, **endlich das Verlangen der englischen Arbeiterschaft, ihre Beschlüsse sowie die der fünf Exekutiven der Bergarbeiter-Internationale in Deutschland zu verwirklichen.** Bereits haben sich eine ganze Anzahl von Betrieben und Gewerkschaften sowohl in den Hafenstädten als auch aus anderen Teilen des Reiches für die Kohlensperre erklärt und das dringende Verlangen an den ADGB wie auch an die Leitungen der Transportarbeiter-Organisationen gestellt, ohne Verzug die erforderlichen Maßnahmen für die Kohlensperre zu beschließen, damit sie von den Transportarbeitern durchgeführt werden können.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! An euch liegt es, die Sammelaktion zu verbinden mit der einmütigen Forderung der Eröffnung der Kohlentransportblockade in allen deutschen Häfen. Zwingt eure Gewerkschaftsleitungen zum Handeln und sorgt dafür, daß eure Gewerkschaften, der ADGB und die Transportarbeiter-Organisationen nicht nur eingesetzt werden für die Rettung des englischen Bergarbeiterkampfes, sondern auch zum Bollwerk gegen die Sabotage und Verhinderung der internationalen Klassenaktion.